

Vorsitzender: Rainer Wagner
Ehrevorsitzende:
Gerhard Finn, Horst Schüler
Stellv. Vorsitzende:
Roland Lange
Ernst-O. Schönemann

Bundesgeschäftsstelle:
Ruschestraße 103, Haus 1
D-10365 Berlin
Tel: (030) 55779351
Fax: (030) 55779351

Geschäftszeiten:
Montag bis Freitag
10.00 - 18.00 Uhr

Resolution

- Entwurf -

29. November 2014

UOKG-Verbandetreffen appelliert an die demokratischen Kräfte im Thüringer Landtag, Rot-Rot Grün zu verhindern

Die am 29. November in der ehemaligen Stasi-Zentrale in der Berliner Normannenstraße versammelten Verbände der Verfolgten des SED-Regimes haben folgende Resolution verabschiedet:

Wir, die wir unter der Repression der SED gelitten haben, beobachten mit großer Sorge die derzeitigen Entwicklungen in Thüringen.

Die SED, inzwischen in die Linke umbenannt, steht kurz davor, die Macht in einem Bundesland zu übernehmen.

Die Linke hat bis heute in weiten Teilen ein zwiespältiges Verhältnis zur Demokratie. Nach wie vor reden führende Funktionäre die Zustände in der DDR schön und verharmlosen das Mauerregime. Manche suchen noch immer Wege zum Kommunismus. Die Partei duldet in ihren Reihen antidemokratische Strömungen wie die „kommunistische Plattform.“

Die Partei ist noch heute voll mit Systemträgern des SED-Staats. Viele davon sind in auch in den Landtag eingezogen. In der Fraktion finden sich Redakteure von SED-Presseorganen, Berufsoffiziere, auch solche der Grenztruppen, Mitarbeiterinnen der SED-Kreisleitung. Drei Abgeordnete haben waren inoffizielle Mitarbeiter in Stasi oder K1.

Vor diesem Hintergrund erscheint das jüngste Papier zum Unrechtsstaat als rein machtpolitisch motiviertes Lippenbekenntnis. Wes Geistes Kind die Partei wirklich ist hat Bodo Ramelow jüngst selbst gezeigt, als er eine Aufhebung des KPD-Verbots forderte.

Daher appellieren nochmals an alle Demokraten im Thüringer Landtag: Verhindern Sie, dass die ehemalige SED wieder die Macht übernimmt!

Diesbezüglich hat sich die UOKG bereits mit einem Brief an die Abgeordneten von SPD und Bündnis 90/ die Grünen gewandt.

An die Abgeordneten von AfD und CDU geht der Appell: Stimmen Sie für einen Gegenkandidaten.